

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 2.11.09	4
3. Einbringung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage-Nr. 40/09	4 4
4. Wahl des Bürgermeisters am 30.8.2009; Gültigkeit der Wahl	5 5
Bezug: Wahlprüfungsausschuss vom 9.11.09	5
Vorlage-Nr. 26/08 q	5
5. Wahl des Rates der Stadt Brühl am 30.8.2009; Gültigkeit der Wahl	5 5
Bezug: Wahlprüfungsausschuss vom 9.11.09	5
Vorlage-Nr. 26/08 r	5
6. Satzungen	5
6.1 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl (Brühler Stadtverfassung)	5 5
Vorlage-Nr. 38/03 t	5
6. 2 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Mitverwaltung des Jugendzentrums	5 5
Bezug: JHA 19.11.09	5
Vorlage-Nr. 200/87 l	5
6.3 4. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Brühl	5
6.4 5. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Brühl	6 6
Vorlage-Nr. 433/85 ac	6
6.5 Vergnügungssteuersatzung	7
Vorlage-Nr. 220/82 k	7
7. Überplanmäßige Ausgabe	8
7.1 Hilfen zur Erziehung (HzE)	8
Vorlage-Nr. 57/06 h	8
8. Bau einer Schulmensa für das Max-Ernst-Gymnasium	8
Bezug: Rat 29.6.09 und SchA 7.12.09	8
Vorlage-Nr.137/84 cs	8
9. Gesellschafterversammlung GEBAUSIE	8
hier: Vorabausschüttung aus dem Gewinn 2009	8
Vorlage-Nr. 88/95 ag	8
10. Umbesetzung in Ausschüssen	9
10.1 Umbesetzungen der Fraktion DIE LINKE	9
Bezug: Antrag vom 30.11.09	9
Vorlage-Nr. 105/94 db	9
10.2 Neubesetzung im Schulausschuss	9
hier: Vertretung der Grundschulen	9
Vorlage-Nr. 105/94 dc	9

10.3 Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss	9
hier: Vertretung des Kinderhauses Schumaneck	9
Bezug: Schreiben vom 17.11.09	9
Vorlage-Nr. 105/94 dd	9
10.4 Umbesetzungen der CDU-Fraktion	9
11. Anfragen	10
11.1 Sporthalle Brühl-Vochem	10
11.2 Poller Fußgängerzone	10
11.3 Integrationsatlas	10
11.4 Gelände Europäische Fachhochschule	10
11.5 Kreisel Bonnstraße/Geildorfer Straße/Steingasse	10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
12. Entsorgung und Verwertung von Klärschlamm als Jahresvertrag 2010	11
13. Erweiterungsneubau Erich-Kästner-Realschule	11
„Trockenbauarbeiten“	11
Vorlage-Nr. 29/86 bo	11
14. Erweiterungsneubau Erich-Kästner-Realschule	11
„Metallbauarbeiten“ (2 Treppentürme)	11
Vorlage-Nr. 29/86 bp	11
15. Grundstücksangelegenheit	12
hier: Kaufpreisreduzierung	12
Bezug: VgLA 14.4.08	12
Vorlage-Nr. 121/81 cx	12
16. Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes und neue Bestellung eines Leiters des Rechnungsprüfungsamtes	12
Abberufung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes und neue Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes	12
17. Anfragen	12
17.1 Nichtraucherchutz	12

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er zunächst **Ratsfrau Karin Boley** zu ihrem heutigen Geburtstag.

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg bittet, die Tischvorlage Nr. 29/86 bp „Erweiterungsneubau Erich-Kästner-Realschule; Metallbauarbeiten“ hinter TO-Pkt. 14 aufzunehmen.

Der Rat stimmt der Ergänzung der Tagesordnung zu.

- einstimmig -

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass es keine Anfragen von Einwohnerinnen bzw. Einwohnern gibt.

2. Niederschrift vom 2.11.09

Dr. Tieke (Grüne) nimmt Bezug auf die persönliche Erklärung des Fraktionsvorsitzenden vom Hagen (Grüne) und die darauf hin vom Bürgermeister protokollierte Antwort auf S. 7 der Niederschrift.

Bürgermeister Kreuzberg habe Herrn vom Hagen für seine „launige Stellungnahme“ gedankt. Da es sich hier um ein wortwörtliches Zitat handele, müsse dieses in Anführungsstrichen stehen, da sonst ein falscher Eindruck entstehe.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung werden gegen die Fassung der Niederschrift vom 2.11.09 werden keine weiteren Einwände erhoben.

3. Einbringung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 Vorlage-Nr. 40/09

Bürgermeister Kreuzberg und nachfolgend **Stadtkämmerer Freytag** tragen die als Anlage beigefügten Haushaltsreden vor.

Der Rat nimmt den gemäß § 80 GO vom Stadtkämmerer aufgestellten und vom Bürgermeister bestätigten Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2010 entgegen und verweist ihn zur Beratung in den Hauptausschuss.

- einstimmig -

Bürgermeister Kreuzberg übergibt aus Befangenheitsgründen die Sitzungsleitung zum nächsten Tagesordnungspunkt an den stellvertretenden Bürgermeister Poschmann (CDU).

**4. Wahl des Bürgermeisters am 30.8.2009;
Gültigkeit der Wahl
Bezug: Wahlprüfungsausschuss vom 9.11.09
Vorlage-Nr. 26/08 q**

Der Rat der Stadt Brühl erklärt die Wahl des Bürgermeisters vom 30.08.2009 für gültig.

- einstimmig –

Bürgermeister Kreuzberg übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

**5. Wahl des Rates der Stadt Brühl am 30.8.2009;
Gültigkeit der Wahl
Bezug: Wahlprüfungsausschuss vom 9.11.09
Vorlage-Nr. 26/08 r**

Der Rat der Stadt Brühl erklärt die Wahl des Rates der Stadt Brühl vom 30.08.2009 für gültig.

- einstimmig -

6. Satzungen

**6.1 11. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl
(Brühler Stadtverfassung)
Vorlage-Nr. 38/03 t**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 11. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl (Brühler Stadtverfassung).

- einstimmig -

**6.2 Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Mitverwaltung
des Jugendzentrums
Bezug: JHA 19.11.09
Vorlage-Nr. 200/87 I**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Satzung über die Benutzung und Mitverwaltung des Jugendzentrums.

- einstimmig -

**6.3 4. Satzung zur Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Brühl
Vorlage-Nr. 214/86 f**

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 4. Änderung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Brühl.

- einstimmig -

6.4 5. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 433/85 ac

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass die Beträge in der Vorlage selbst richtig angegeben seien, sich in der Anlage allerdings ein Fehler eingeschlichen habe. Hier müsse es in Artikel 2, § 9 Satz 3, Ziff. 2 statt 19,95 € heißen 19,50 €.

Ratsherr Blanke (SPD) weist darauf hin, dass an der gleichen Stelle auch in Ziff. 5 der Zusatz „pro qm“ fehle.

Ratsherr Weber (Grüne) führt aus, dass er sich sehr gewundert habe über die doch weit reichenden Änderungen, die diese Vorlage mit sich bringe. Er kritisiert, dass die dort vorgeschlagene Gebührenerhöhung nicht plausibel sei, da man die Gebührenbedarfsberechnung nicht kenne, auf der die neue Satzung basiere und die diese Erhöhung rechtfertige. Nicht nachvollziehbar sei auch die Tatsache, dass man im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 noch einen Überschuss in Höhe von 1,1 Millionen € dargestellt habe und nun von einem Defizit in Höhe von 800.000 € die Rede sei. Aus diesen Gründen könne man die Vorlage nur ablehnen.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass er die Gründe im Betriebsausschuss bereits mehrfach dargelegt habe. Während in der Bilanz der Aufwand berücksichtigt werde, seien in der Gebührenkalkulation die Kosten maßgebend. Der Kostenbegriff sei jedoch weitaus umfangreicher als der Aufwandsbegriff. Darüber hinaus gebe der Innenminister in seinem Maßnahmenleitfaden vor, dass die gebührenrechtliche Kalkulation auszuschöpfen sei und es in den Gebührenhaushalten nicht zu einer Unterdeckung kommen dürfe. Im Übrigen seien die Kalkulationsgrundlagen allen Fraktionen per E-Mail übermittelt worden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) stellt zunächst fest, dass er keine entsprechende Mail erhalten habe. Es sei auffällig, dass man im Wahljahr wohl auf eine Gebührenanpassung verzichtet habe und jetzt nach der Wahl eine Anhebung vorgeschlagen werde. Zwar sei diese Anhebung finanziell wohl unabweislich; das Verfahren sei jedoch nicht in Ordnung.

Bürgermeister Kreuzberg weist diesen Vorwurf als falsch zurück. Es könne ohne weiteres nachgeprüft werden, dass er nach einer Wahl nie anders gehandelt habe, als er vorher versprochen habe. Auch jetzt hätte man von einer Gebührenanhebung abgesehen, wenn man nicht das Haushaltssicherungskonzept vor Augen gehabt hätte. Auf die zu erwartenden finanziellen Schwierigkeiten habe man allerdings bereits vor der Wahl hingewiesen und als eine der wenigen Kommunen die Haushaltslage transparent dargestellt.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) vermisst den Bezug zu der entsprechenden Betriebsausschusssitzung. Wenn das Datum angegeben worden wäre, hätte man die Angelegenheit möglicherweise besser nachvollziehen können. Im Übrigen habe auch er die Gebührenkalkulation nicht erhalten.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) teilt mit, dass diese bei ihm ebenfalls nicht angekommen sei.

Bürgermeister Kreuzberg stellt klar, dass man rechtlich habe prüfen lassen, ob die Gebührenbedarfsberechnung dem Beschlussvorschlag hätte beigefügt werden müssen. Dies sei allerdings nicht der Fall. Die fehlende Gebührenkalkulation sei daher kein Verfahrensfehler. Dennoch habe man diese am 10.12.09 um 17.31 Uhr verschickt.

Ratsherr Weber (Grüne) kritisiert, dass man sich finanziell in den letzten Jahren stets in der Nähe eines Haushaltssicherungskonzeptes befunden habe. Dass dies angeblich nicht absehbar gewesen sei, sei daher kein Grund für die jetzige Gebührenerhöhung. Diese habe man vielmehr bei der Rückführung des Abwasserwerkes in den städtischen Haushalt verschwiegen.

Damals hätten aufgrund einer entsprechenden Nachfrage auch die Wirtschaftsprüfer noch bestätigt, dass es zwar zu einer Diskrepanz komme, diese allerdings keine Gebührenerhöhung zur Folge habe. Nun werde stattdessen impliziert, dass Folge der Rückführung in den städtischen Haushalt die vorliegende Gebührenerhöhung sei. Dies sei sowohl den Gebührenzahlern als auch dem Rat gegenüber unredlich.

Im Übrigen könne es nicht richtig sein, dass die Gebührenbedarfsberechnung nicht vorgelegt werden müsse. Selbstverständlich müsse man anhand dieser Berechnungen nachweisen, wie man zu der angegebenen Kalkulation komme. Eine ordnungsgemäße Prüfung und Beschlussfassung sei somit nicht möglich.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) kritisiert ebenfalls das Verfahren. Man könne die Gebührenkalkulation nicht eine Woche später nachreichen und dann auch noch die Fraktionsvorsitzenden als Postverteiler einsetzen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) teilt mit, dass er die Mail mit der angehängten Gebührenkalkulation erhalten habe. Er könne bestätigen, dass diese nachvollziehbar und die daraus resultierende Gebührenerhöhung schlüssig sei. Sicherlich sei eine vorherige Beratung im Ausschuss für Tiefbau und Abwasser wünschenswert gewesen. Aufgrund der dargestellten Situation, dass man den Haushalt und mögliche Kürzungen bis zuletzt intensiv beraten habe, könne er als Vorsitzender des Ausschusses für Tiefbau und Abwasser die Gebührenkalkulation und damit die Satzung wie vorgelegt akzeptieren.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) beantragt, die Änderungssatzung zu vertagen.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) spricht sich gegen den Vertagungsantrag aus.

1. Der Rat lehnt den Vertagungsantrag der Grünen ab.

Abstimmungsergebnis: 29 : 16 bei 2 Enthaltungen

2. Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Brühl.

Abstimmungsergebnis: 29 : 12 bei 6 Enthaltungen

6.5 Vergnügungssteuersatzung Vorlage-Nr. 220/82 k

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Baule (fw/bVb) fragt, um wie viele Einrichtungen es sich handele, auf die diese Satzung anzuwenden sei, wie die Kontrollen durchgeführt würden und ob die Einstellung zusätzlichen Personals notwendig sei.

Stadtkämmerer Freytag erklärt, dass zusätzliches Personal nicht erforderlich sei. Die übrigen Fragen werde er schriftlich beantworten.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) fragt, ob Erfahrungswerte vorliegen würden.

Stadtkämmerer Freytag berichtet, dass die Vergnügungssteuersatzung der Stadt Brühl der Mustersatzung entspreche und es derzeit keine Erfahrungswerte gebe.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob die Vorschriften auch auf Freizeitparks anzuwenden seien.

Fachbereichsleiter Kuhl (Fachbereich 20) teilt mit, dass Freizeitparks unter den Begriff der „Kirmessen“ fielen und aufgrund von § 2 Ziff. 4 der Satzung nicht besteuert würden.

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Vergnügungssteuersatzung der Stadt Brühl.

- einstimmig -

7. Überplanmäßige Ausgabe

7.1 Hilfen zur Erziehung (HzE)

Vorlage-Nr. 57/06 h

Der Rat beschließt eine überplanmäßige Ausgabe bei den Hilfen zur Erziehung in Gesamthöhe von 600.000 €. Die Deckung erfolgt über Ausgabeesparungen bei den Unterhaltsvorschussangelegenheiten (SK 53391) in Höhe von 70.000 € sowie durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage i. R. d. Jahresabschlusses des Jahres 2009 in Höhe von 530.000 €.

- einstimmig -

8. Bau einer Schulmensa für das Max-Ernst-Gymnasium

Bezug: Rat 29.6.09 und SchA 7.12.09

Vorlage-Nr.137/84 cs

Der Rat zieht gemäß § 41 Abs. 2 GO NW in Verbindung mit § 9 der Hauptsatzung die Entscheidungskompetenz an sich und fasst folgenden Beschluss:

Der Rat stimmt der vorgesehenen Planung nach den Leistungsphasen I und II des Architektenbüros Busmann und Haberer zum Neubau einer Mensa für das Max-Ernst-Gymnasium auf dem Schulgrundstück Standort A (Eingangsbereich Max-Ernst-Gymnasium – Rodderweg – auf den vorhandenen Parkplätzen) zu und ist mit der Weiterbeauftragung des Architekturbüros Busmann und Haberer mit den Leistungsphasen III und IV einverstanden.

- einstimmig -

9. Gesellschafterversammlung GBAUSIE

hier: Vorabausschüttung aus dem Gewinn 2009

Vorlage-Nr. 88/95 ag

Der Rat beauftragt den Gesellschaftervertreter, Ratsherrn Wolfgang Poschmann, in der Gesellschaftsversammlung der Gesellschaft für Bauen und Wohnen GmbH (Gebausic) einen Beschluss über die Vorabausschüttung des Gewinnanspruchs für das Jahr 2009 in Höhe von 1.400.000 € an die Stadtwerke Brühl GmbH herbeizuführen.

- einstimmig -

10. Umbesetzung in Ausschüssen

10.1 Umbesetzungen der Fraktion DIE LINKE

Bezug: Antrag vom 30.11.09

Vorlage-Nr. 105/94 db

Der Rat stimmt dem Antrag der LINKEN zu, an Stelle des sachkundigen Bürgers Volkmar Strauss den Ratsherren Eckhard Riedel als stellv. Mitglied in den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung und an Stelle des sachkundigen Bürgers Heinz-Jürgen Pohle als Mitglied in den Verkehrsausschuss zu berufen.

Anstelle des sachkundigen Bürgers Heinz-Jürgen Pohle wird die sachkundige Bürgerin Ursula Strobl-Sauer in den Ausschuss für Soziales und Migration gewählt.

Darüber hinaus wird Ratsmitglied Matthias Sauer an Stelle des sachkundigen Bürgers Volkmar Strauss als stellv. Mitglied in den Verkehrsausschuss gewählt.

- einstimmig -

10.2 Neubesetzung im Schulausschuss

hier: Vertretung der Grundschulen

Vorlage-Nr. 105/94 dc

Der Rat bestellt Frau Petra Baunemann, Leiterin der GGS Brühl-Badorf, zum ordentlichen, und Frau Kristina König, Leiterin der KGS Brühl-Pingsdorf, zum stellvertretenden, beratenden Mitglied in den Schulausschuss des Rates der Stadt Brühl.

- einstimmig -

10.3 Neubesetzung im Jugendhilfeausschuss

hier: Vertretung des Kinderhauses Schumaneck

Bezug: Schreiben vom 17.11.09

Vorlage-Nr. 105/94 dd

Der Rat stimmt dem Antrag des Kinderhauses Schumaneck zu, gemäß Satzung für das Jugendamt Herrn Bernhard Schumacher als beratendes Mitglied und Herrn Jan Hoffmann als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss zu bestellen.

- einstimmig -

10.4 Umbesetzungen der CDU-Fraktion

Auf Antrag der **CDU-Fraktion** beschließt der Rat folgende Umbesetzungen:

1. Ausschuss für Tiefbau und Abwasser:
für den sachkundigen Bürger Erwin Poth jetzt Thomas John und als zusätzlichen stellvertretenden sachkundigen Bürger Erwin Poth.
2. Verkehrsausschuss:
für den sachkundigen Bürger Thomas John jetzt Hans Henkel und als zusätzlichen stellvertretenden sachkundigen Bürger Thomas John.
3. Jugendhilfeausschuss:
Ordentliches Mitglied Dr. Frantziach-Immenkeppel statt Simons, Ratsherr Simons jetzt Stellvertreter.

- einstimmig -

11. Anfragen

11.1 Sporthalle Brühl-Vochem

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) nimmt Bezug auf ein Schreiben der Bürgergemeinschaft Vochem bezüglich der Nutzung der Sporthalle und fragt, welche Maßnahmen die Stadt unternehme, um die dortigen Probleme zu lösen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

11.2 Poller Fußgängerzone

Ratsherr Weitz (SPD) weist darauf hin, dass die Poller in der Innenstadt häufig entfernt seien und fragt, welche Maßnahmen die Verwaltung diesbezüglich ergreife.

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass er diesbezüglich bereits mehrfach Stellung genommen habe und die Gründe für die kürzliche Entfernung des Pollers im letzten Hauptausschuss ausführlich dargelegt habe. Natürlich könne man das Pollersystem ändern; dies sei allerdings mit Kosten verbunden.

11.3 Integrationsatlas

Ratsfrau Vilkman (SPD) fragt, warum der bereits im Frühjahr fertig gestellte Integrationsatlas noch nicht vorgestellt worden sei.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass der Integrationsatlas vorgestellt und auch verteilt worden sei.

11.4 Gelände Europäische Fachhochschule

Ratsfrau Vilkman (SPD) fragt, ob auf dem Grundstück Veränderungen geplant seien, da der Bürgermeister mit einer Delegation eine Ortsbesichtigung vorgenommen habe. Die Anwohnerinnen und Anwohner seien nun beunruhigt.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass die Europäische Fachhochschule Platzbedarf angemeldet habe. Ein großer Teil des Geländes stehe allerdings unter Denkmalschutz, so dass es in diesem Bereich keine Veränderungen gebe. Ob es Möglichkeiten auf dem restlichen Grundstück gebe, müsse geprüft werden. Allerdings liege noch kein entsprechender Antrag vor.

11.5 Kreisel Bonnstraße/Geildorfer Straße/Steingasse

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) nimmt Bezug auf seine diesbezügliche Anfrage vom 21.9.09, ob sich die Firma Lidl an den Erschließungskosten beteiligt habe. Aufgrund der ihm erteilten Antwort müsse er feststellen, dass sich Lidl mit dem Erschließungsträger die Baukosten geteilt habe, obwohl eigentlich beide die Kosten für einen kompletten Kreisel hätten erbringen müssen. Brühl sei damit um einen Kreisel betrogen worden.

Bürgermeister Kreuzberg kann die Schlussfolgerung nicht nachvollziehen, da man an dieser Stelle unmöglich zwei Kreisel hätte anlegen können.

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) erläutert, dass dies für den damaligen Wunsch spreche, dass man Lidl besser an anderer Stelle angesiedelt hätte.

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf das umfangreiche Verfahren und den daraus resultierenden Beschluss, mit dem der Rat den Standort selbst bestimmt habe.